

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

76. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Mai 1998, 13:30 Uhr

im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

in Vertretung von Uwe Döring

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

in Vertretung von Berndt Steincke

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Auswahl eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein; Einwilligung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Verpflichtung in Höhe von 6,2 Millionen DM	4
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1883	
2. Bericht der Landesregierung über die betriebswirtschaftliche Optimierung des LEG-Unternehmensverbundes	6
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1815	
3. Parlamentarische Kontrolle des IT-Großprojekts FISCUS	9
Einladung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin Umdruck 14/1825	
4. Rechnung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 1996	10
Vorlage des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Umdruck 14/1643	
5. Abschaffung der Prüfervergütungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer	11
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1360	
6. Information/Kennntnisnahme	12
7. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Auswahl eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein;
Einwilligung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Verpflichtung in Höhe von 6,2 Millionen DM**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdrucke 14/1883, 14/1921

Der Vorsitzende gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystem dem Finanzausschuß erst vor zwei Tagen zugeleitet worden sei mit der Konsequenz, daß sie von den meisten Abgeordneten noch nicht habe durchgearbeitet werden können. Er schlägt vor, diesen Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung am 4. Juni 1998 zu vertagen, und verbindet diesen Vorschlag erneut mit der Anregung, demnächst im Finanzausschuß ein Gespräch über die Beratungsstruktur zu führen.

Abg. Kubicki fragt, ob der auf Seite 2 der Vorlage Umdruck 14/1921 genannte Zeitraum von sieben Jahren für „Ersatzinvestitionen im Hardwarebereich“ nicht zu lang sei. Weiter spricht Abg. Kubicki die Aussage an, daß die „Reinvestitionen für Hardware ... mit einem 20 % geringeren Wert ... aufgrund des Preisverfalls in diesem Bereich“ angesetzt worden seien, und merkt an, daß nach seinen Erfahrungen die Steigerungen im Bereich der Software mit denen der Hardware parallel laufen. Abg. Kubicki möchte außerdem wissen, um was für 600 Stellen aus dem KLR-Bereich es sich handle, „die aus dem vorhandenen Personalbestand heraus durch Umschichtungen bereitzustellen“ seien. Schließlich fragt Abg. Kubicki, welche Überlegungen der „Basis von A 12“ - Seite 5 - für die Produktivitätssteigerung zugrunde liegen.

Auch Abg. Stritzl bezieht sich auf die Vorlage über die Wirtschaftlichkeitsberechnung und möchte wissen, ob es eine Berechnung gebe, die schlüssig nachweise, wie dem Einsatz von 23 Millionen DM Einsparungen in derselben Höhe an anderer Stelle gegenüberstehen. Weiter nimmt er Bezug auf die Diskussion in der vorigen

Sitzung und fragt, was mit den Daten geschehe, die das sogenannte neue Kostenrechnungssystem liefere, da es doch keinen Sinn bringe, einen „Datenfriedhof“ einzurichten.

Abg. Kähler fragt, inwieweit das Konzept von debis/SAP so viel besser sei als das gemeinsam von der Datenzentrale und der mittelständischen Firma MACH aus Lübeck entwickelte Konzept.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Diskussion in der Sitzung am 4. Juni 1998 fortzusetzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die betriebswirtschaftliche Optimierung des LEG-Unternehmensverbundes

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdrucke 14/1815, 14/1888

M Möller teilt mit, daß GF Münchow an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sei, und antwortet auf eine Frage des Abg. Stritzl, daß in die erste Stellungnahme des Finanzministeriums die Stellungnahme der LEG zwar nicht in vollem Umfang, wohl aber doch in den Essentials eingeflossen sei. Auf die Stellungnahme des Finanzministeriums gebe es wiederum eine sogenannte Einlassung des Landesrechnungshofs, die im Grunde aber keine Änderung bringe. Es bleibe dabei, daß beide Vorschläge sowohl rechtlich als auch praktisch durchführbar seien, daß die wirtschaftliche Optimierung in beiden Fällen möglich sei und daß das vom Landesrechnungshof vorgestellte Modell nicht etwa einfacher sei als das Konzept des Finanzministeriums. In der Beurteilung dessen, welches der richtige in die Zukunft weisende Weg sei, bleibe das Finanzministerium bei seiner ursprünglichen Haltung.

P Dr. Korthals merkt an, daß aus der Sicht des Landesrechnungshofs beide Modelle durchaus gangbar seien.

Abg. Kubicki äußert, daß jüngsten Pressemeldungen zufolge unter anderem auch die KWG ihre Wohnungen auf den Markt zu bringen beabsichtige, und hebt hervor, daß der Markt nicht unbegrenzt aufnahmefähig sei. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob der Veräußerungsgewinn in 1998/99 in der erwarteten Größenordnung überhaupt zu erzielen sei.

M Möller antwortet, daß die Veräußerung nach den Aussagen von GF Münchow in jedem Fall möglich sei.

M Möller betont, daß sich der Finanzausschuß in der heutigen Sitzung bereits zum dritten Mal mit dem Thema beschäftige, und stellt sich auf den Standpunkt, daß alle Argumente ausgetauscht seien. Es gebe keinen „Glaubenskrieg“ zwischen Landesregierung und Landesrechnungshof, vielmehr habe es einen ausgesprochen konstruktiven Dialog zwischen beiden gegeben. Er sei der Überzeugung, daß die Vorlage entscheidungsreif sei, und habe ein starkes Interesse daran, vor der für Ende Mai anstehenden Kabinettsklausur endgültig Klarheit in dieser Angelegenheit zu haben.

Nach den Worten des Abg. Stritzl ist die Vorlage keineswegs entscheidungsreif. Ihm sei an einer Antwort auf die Frage gelegen, inwieweit der im sogenannten Handout genannte Betrag von 250 Millionen DM im Konzern zusätzlich erwirtschaftet werden könne; der Begriff „betriebswirtschaftliche Optimierung des LEG-Unternehmensverbundes“ sei ihm einfach zu schillernd. Weiter erbitte er eine Antwort auf die Frage, ob das vom Landesrechnungshof dargestellte Modell letztlich nicht doch kostengünstiger sei.

Die gegenwärtige politische Situation sei dadurch gekennzeichnet, daß einer allgemeinen Diskussion über Steuern das gezielte Nutzen steuerlicher Tatbestände, das zu einer gewollten Minderbelastung führe, gegenüberstehe. Die weitere parlamentarische Kontrolle und die Weiterentwicklung im LEG-Konzernbereich gehörten in eine Gesamtbetrachtung. Das von der Landesregierung ins Auge gefaßte Modell stelle aus seiner Sicht eine Transfusion dar, die die „Tochter“ mittelfristig ausblute und die Haushaltsmisere des Landes möglicherweise kurzfristig beheben könne, mittelfristig aber neue Haushaltslöcher aufreiße.

Abg. Neugebauer führt aus, daß die finanzpolitische Situation des Landes genauso schwierig sei, wie die Materie komplex sei. Selbstverständlich könne man im Ergebnis zu unterschiedlichen Bewertungen kommen, aber nach dem Verlauf der Diskussion sei auch klar, daß der Landesrechnungshof den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg für gangbar halte. Vor diesem Hintergrund glaube er nicht, daß eine weitere Beratung neue Erkenntnisse bringe und daß die Skepsis der CDU in weiteren Sitzungen abgebaut werden könne. Die SPD-Fraktion sei deshalb nicht nur entscheidungsfähig, sondern auch entscheidungswillig.

Abg. Sager erklärt, er vermöge nicht zu akzeptieren, daß die Vorlage nach dreimaliger Diskussion im Finanzausschuß nunmehr entscheidungsreif sei. Richtig sei nur, daß die Vorlage zum dritten Mal auf der Tagesordnung stehe. In der vorigen Sitzung sei die Vorlage allerdings von der Tagesordnung abgesetzt worden. Die CDU habe deshalb erwartet, daß GF Münchow in der heutigen Sitzung Rede und Antwort stehe; daß er heute nicht anwesend sei, habe schließlich nicht die CDU zu vertreten.

Der Vorsitzende widerspricht der Aussage, daß dieser Punkt in der vorigen Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Richtig sei vielmehr, daß nach Aufruf keinerlei Fragebedarf bestanden habe.

M Möller äußert, daß man sicherlich auch nach 25 Sitzungen immer wieder neue Fragen stellen könne. Festzuhalten bleibe jedoch, daß die von Abg. Stritzl gestellten

Fragen in dem vom Finanzministerium vorgelegten Papier „klipp und klar beantwortet“ worden seien.

Abg. Stritzl bittet, die Beratungen nicht willkürlich zu verkürzen und rigoros abzuschneiden und in der heutigen Sitzung ohne jedwede Beschlußvorlage „faktisch mal eben so zu entscheiden“. An einem derartigen Verfahren werde die CDU nicht teilnehmen; sie werde die Sitzung verlassen.

Abg. Heinold erklärt, sie habe kein Problem, die Entscheidung zu vertagen, zumal sie bisher nicht in der Lage gewesen sei, die Vorlage über die Wirtschaftlichkeitsberechnung eingehend zu beraten. Allerdings habe es eine Absprache zwischen den Koalitionsfraktion gegeben, in der heutigen Sitzung über die Vorlage abzustimmen. Ihr sei aber daran gelegen, daß die heute gestellten Fragen in einer Sitzung von GF Münchow auch beantwortet werden.

Abg. Neugebauer beantragt, die vorgesehene Kapitalbeschaffung durch eine Sonderausschüttung von seiten der LEG und die Refinanzierung durch eine betriebswirtschaftliche Optimierung innerhalb des LEG-Konzerns zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Die Abgeordneten der CDU verlassen das Sitzungszimmer.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Antrag des Abg. Neugebauer angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Parlamentarische Kontrolle des IT-Großprojekts FISCUS

Einladung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
Umdrucke 14/1825, 14/1926

Der Ausschuß stimmt dem Vorsitzenden darin zu, daß mit Blick auf die vorgesehene Tagesordnung des Informations- und Meinungsaustausches - Umdruck 14/1926 - eine Teilnahme nicht erforderlich sei.

Der Vorsitzende erbittet von der Landesregierung zu einer der nächsten Sitzungen einen Bericht zu diesem Thema, damit sich der Finanzausschuß mit der Thematik aus schleswig-holsteinischer Sicht beschäftigen könne. Außerdem soll das Abgeordnetenhaus von Berlin gebeten werden, die Beratungsgrundlagen und das Ergebnis des Informations- und Meinungsaustausches zu übersenden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Rechnung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das
Haushaltsjahr 1996**

Vorlage des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdruck 14/1643

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Ausschuß, dem Landtag die Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1996 zu empfehlen. - Die Abstimmung soll allerdings in Gegenwart der Vertreter der übrigen Fraktionen in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Abschaffung der Prüfervergütungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1360

(überwiesen am 27. März 1998 an den Bildungsausschuß und den Finanzausschuß)

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Ausschuß dem Antrag ohne Aussprache einstimmig zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 14/1870 - Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen
des Bundes an die Länder

Umdruck 14/1923 - Verband für Schiffbau und Meerestechnik

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende legt den **Entwurf eines Terminplans** für die Zeit von Juni 1998 bis Januar 1999 - Umdruck 14/1924 - vor und bittet, Änderungswünsche bis Dienstag, 19. Mai 1998, mitzuteilen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 14:40 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer